

Der BdA unterstützt die Ärzteproteste – aber nicht bedingungslos!

Der BdA hat den „Tag der Ärzte“ am 18. Januar 2006 in Berlin unterstützt, BdA-Frauen haben mitdemonstriert, die BdA-Präsidentin hat auf der Abschlussgebung vor mehr als 20.000 Demonstranten gesprochen. Ähnliches passiert zurzeit in anderen Städten.

Machen wir uns zum Sprachrohr unserer Arbeitgeber? Nein! Wir stellen gleichzeitig unsere eigenen Forderungen nach leistungsgerechter Bezahlung auf!

Soll jetzt jede Arzthelferin mit ihrem Chef an den Protesten teilnehmen? – Auch hier sagen wir klar: Nein!

Die Ärzteschaft ruft bundesweit zu Protesten, Kundgebungen und Demonstrationen auf, geht auf die Straße. Wenn wir genau hinschauen, handeln sie zum Wohl ihres Klientels, der Patienten, und für eine bessere Honorierung. Manchmal sprechen sie auch von uns, aber eben nur manchmal! Wenn sie das tun, dann überwiegend im Zusammenhang mit Entlassungen. Meistens aber sprechen sie nur von und für sich, von ihrer Aufgabe, der sie als Mediziner gerecht werden wollen, vom ansteigenden Verwaltungsaufwand, von der Zwei-Klassen-Medizin, von der fehlenden Zeit für den Patienten...

Sie reden aber nicht von ihrer Stellung als Arbeitgeber in diesem Land!

Wenn in der Industrie große Betriebe durch politische Maßnahmen in Bedrängnis geraten, wie neuerlich die Werften in Deutschland, wird nicht von den Aktionären und Chefs gesprochen, sondern von den vielen tausend Arbeitsplätzen, die in Gefahr sind. Die Arbeiter und Angestellten gehen auf die Straße und demonstrieren. Sie erreichen dadurch eine Veränderung, eine Lohnerhöhung, eine Standortsicherung oder ähnliches. Sie erreichen etwas für sich. Wenn solche Betriebe gerettet werden, profitieren selbstverständlich beide Seiten davon.

Bei uns sieht das anders aus. Wenn die Ärzte erreichen, was sie fordern, steht es in den Sternen, ob wir als Arbeitnehmerinnen davon etwas haben. Aber warum sollen wir dann mit auf die Straße gehen? Weil ein Arzt mit drei Arzthelferinnen die Zahl der Protestler vervierfacht?

Viele Kolleginnen haben gute Kontakte zu den Chefs und sind gerne bereit, mit ihren Arbeitgebern auf die Straße zu gehen. Sie sehen sich als Teil des Wirtschaftsbetriebes „Praxis“, haben geregelte Arbeitsbedingungen, z. B. schriftliche Arbeitsverträge mit Tarifbindung, Arbeitszeitkonten usw. Sie wollen für den Erhalt des Arbeitsplatzes kämpfen. Sie sind auch gerne bereit, ggf. Überstunden für die Demonstration abzubummeln. Sie wissen, dass sie für den Chef wertvoll sind, dass er sie nicht einfach entlässt, weil der Steuerberater es vorschlägt. Diese Kolleginnen bekommen meine volle Unterstützung, wenn sie mit den Ärzten gemeinsam auf die Straße gehen.

Als BdA-Tariffrau weiß ich aber auch, dass es viele Kolleginnen gibt, die ohne Arbeitsverträge arbeiten oder Änderungskündigungen erhalten haben, die weit unter Tarif bezahlt werden oder permanent unbezahlte Überstunden leisten müssen. Diese Kolleginnen kann ich nur unterstützen, wenn sie auf keinen Fall mit den Chefs demonstrieren wollen.

Ich möchte sogar so weit gehen, allen Kolleginnen die in Praxen ohne geregelte Arbeitsbedingungen arbeiten, zu raten, sich nicht vor den Karren der Arbeitgeber spannen zu lassen. (Übrigens: Falls Ihr Arbeitgeber Sie dennoch verpflichten will mitzugehen – dann steht BdA-Mitgliedern die Rechstabteilung selbstverständlich zur Seite.)

Mit anderen Worten: Nur wenn sich die Ärzteschaft endlich ihrer Verantwortung als Arbeitgeber bewusst wird und ihren Arbeitnehmerinnen flächendeckend soziale, tariflich geregelte Arbeitsbedingungen zusichert, wenn sie damit an die Öffentlichkeit geht, werden wir als BdA auch flächendeckend die Kolleginnen motivieren, daran teilzunehmen.

Wird die gegenwärtige Entwicklung jedoch fortgesetzt, müssen Tausende Arzthelferinnen und Zahnmedizinische Fachangestellte allerdings weiter damit rechnen, morgen eine Kündigung zu erhalten, in Teilzeit und Minijobs abgedrängt zu werden oder von ungelernten Kräften ersetzt bzw. von einer neuen zweijährigen Ausbildung völlig vom Markt verdrängt zu werden, dann werden immer weniger Praxismitarbeiterinnen ihre Chefs begleiten (können).

Noch ein direktes Wort an die Arbeitgeber: Sie können sicher sein, dass der BdA die Arzthelferinnen und Zahnmedizinischen Fachangestellten motiviert, für den Erhalt der Praxis zu demonstrieren, wenn sie endlich zu uns und unseren Rechten stehen, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Jeder Berufsverband der Ärzteschaft kann unsere bestehenden Tarife anerkennen und damit ein Zeichen setzen. Der BdA ist keine betriebsblinde Gewerkschaft. Wir wissen um die Rückgänge der Praxiseinnahmen. Nicht zuletzt deshalb sehen wir derzeit davon ab, den Gehaltstarifvertrag für Arzthelferinnen zu kündigen. Wir halten still, erwarten aber von Ihnen, dass Sie zu unseren Rechten stehen, genauso wie Sie verlangen, dass die Gesundheitspolitiker Ihre Rechte anerkennen.

Heike Wolfram
stellv. Präsidentin, Ressort Tarifpolitik